

Feature II

Eine Ostasiatische Gemeinschaft?

Christoph Neidhart

Ostasien muss sich neu erfinden. Verkeilt in ihre enge Nachbarschaft, sind Japan, China und die zwei Koreas gleichzeitig zerstritten und von einander abhängig. Wirtschaftlich sind sie ähnlich eng verflochten wie die EU-Staaten untereinander. Auch Taiwan und Vietnam gehören dazu, Hongkong sowieso. Und irgendwann auch Nordkorea, wenn es sich dereinst öffnet. Politisch dagegen verbindet die Länder dieser Sinosphäre, wie die Region auch genannt wird, jenseits gelegentlicher Sonntagsreden und periodisch wieder aufbrechender Konflikte wenig. Sie verfügen über keinerlei zwischenstaatlichen Rahmen für ihre enge wirtschaftliche Verflechtung. Allein in Shanghai leben 40,000 Japaner, in Japan 750,000 chinesische Staatsbürger. Die drei Regierungen von Japan, China und Korea verhandeln zwar seit 18 Jahren über einen gemeinsamen Freihandelspakt, aber sie kommen nicht voran. Inzwischen geben sie der viel größeren RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) Priorität: einem Handelspakt, der Japan, China und Südkorea mit den zehn ASEAN-Staaten plus Australien und Neuseeland verbinden soll. Das wäre, wenn die RCEP zustande käme, die erste verbindliche überstaatliche Architektur im modernen Ostasien.

Doch das ist Zukunftsmusik. Noch steckt Nordostasien in der Nachkriegszeit. Dreißig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges garantieren weiterhin die USA als Ordnungsmacht mit ihrer „Pax Americana“ die Stabilität der Region. Japan und Südkorea bezahlen dafür einen hohen Preis: Tokyo für die Stationierung von 50,000 US-Soldaten bisher etwa zwei Milliarden Dollar jährlich. Und US-Präsident Donald Trump hat gedroht, er wolle diesen Preis vervierfachen, wenn die Vereinbarung 2021 erneuert wird. Japan und Südkorea bezahlen ihren sogenannten „nuklearen Schutzschild“ freilich auch mit einer Beschränkung ihrer Souveränität. Der emeritierte Politologe R. Taggart Murphy von der Universität Tsukuba hat Japan als „Protectorat der USA“ beschrieben. Ohne die Zustimmung Washingtons, insbesondere des Pentagons, so Murphy, könne Tokyo keine wichtige außenpolitische Entscheidung treffen. Das mag vielen übertrieben erscheinen, doch Japans extreme Nationalisten, etwa der Chef der Lobby-Organisation „Nippon Kaigi“, Tadae Takubo, aber auch Japans Linke stimmen Murphy zu. Die Tatsache, dass die USA die Souveränität über einen großen Teil des Luftraums von Tokyo weiter für ihr Militär beanspruchen, unterstreicht das zumindest anekdotisch. 68 Jahre nach Ende der Besatzung muss die Flugsicherung ihre Anflugschneisen zum

Hauptstadtflughafen Haneda noch immer am Luftraum des amerikanischen Militärs vorbeiführen.

Zwischen Peking und Tokyo weht nach Jahren, die von Streitereien um Inseln und die Darstellung ihrer jeweiligen Geschichte dominiert wurden, derzeit ein Frühlingswind. Der chinesische Präsident Xi Jinping wollte Japan dieses Frühjahr einen Staatsbesuch abstatten. Wegen der Corona-Virus-Krise musste dieser allerdings verschoben werden. Parallel zur Erwärmung der japanisch-chinesischen Beziehungen kühlte sich jedoch Tokyos Verhältnis zu Seoul ab. So schlecht wie im Herbst 2019 war es in den letzten 50 Jahre nie. Die wechselnde politische Wetterlage zwischen den drei Ländern sollte freilich niemanden darüber hinwegtäuschen, dass Nordostasien in seiner Nachkriegsarchitektur verkeilt ist. Die atmosphärischen Schwankungen können weder weit ins Positive noch zu weit ins Negative ausschlagen. Washington beharrt auf dem Status quo. Nordkorea ist dafür der beste Beleg: Die verarmte Erb-Diktatur kann sich nur halten, weil alle Seiten in ihrem Fortbestand das geringste Risiko sehen. In Washington fürchtet man, mit einem Ende der Teilung Koreas könnte die ganze Halbinsel in die Einfluss-sphäre Chinas gelangen. Peking fürchtet, nach einem Ausgleich Nordkoreas mit dem Süden könnten plötzlich US-Truppen an seiner Grenze stehen. Deshalb halten beide Seiten am gegenwärtigen Patt fest – auf Kosten der Menschen in Nordkorea.

Doch die „Pax Americana“ bröckelt. Die Corona-Krise, die Amerika besonders hart und unvorbereitet getroffen hat, könnte diesen Prozess noch beschleunigen, zumal sie den schwelenden Konflikt zwischen Washington und Peking weiter aufheizt. Gleichwohl haben die Länder Ostasiens bisher keine Vorstellung, wie ihre Region künftig aussehen soll. Es gibt nur leere Formeln, allen voran das schöne Wort von der „Ostasiatischen Gemeinschaft“, von dem allerdings niemand weiß, was damit näher gemeint ist. Auch der antiquierte Begriff vom „indopazifischen Raum“ ist bloß eine Worthülse, mit der die japanische Regierung in den letzten Jahren eine internationale Zusammenarbeit beschwört. Die Wortschöpfung stammt vom deutschen Geographen und General Karl Haushofer, der Japan in seinem Entwurf einer Geopolitik jene Vorreiterrolle für Ostasien zudachte, die Nazi-Deutschland in Europa übernehmen wollte.

Der Einfluss Washingtons auf Ostasien schwindet freilich schon länger. Es wäre zu einfach, dies Donald Trump anzulasten. Die USA haben lange vor seiner Wahl viel von ihrer politischen und auch wirtschaftlichen Vorbild- und Führungsfunktion eingebüßt. Darüber vermochte auch Präsident Barack Obamas „Schwenk nach Asien“ nicht hinwegzutäuschen. Das war ebenfalls eine hohle Formel, die höchstens militärisch konkrete Inhalte hatte. Obwohl Obama als „Amerikas erster pazifischer Präsident“ bezeichnet wurde, zeigte er wenig Verständnis für Asien. Und kaum Interesse. Seine „strategische Geduld“ Nordkorea gegenüber, ein Euphemismus für Nichtstun, war dafür durchaus symptomatisch.

Trump hat diesen Prozess mit seiner erratischen, narzisstischen Außenpolitik bloß beschleunigt: schon mit seiner allerersten Amtshandlung, der Absage an die bereits un-

terzeichnete TPP, die Transpazifische Partnerschaft. Er wird darauf spekuliert haben, er versetze diesem Freihandelspakt um den Pazifik damit den Todesstoß. Japan jedoch vermochte das Abkommen als TPP minus die USA zu retten. Erstmals ist Tokyo damit erfolgreich aus Washingtons Schatten gesprungen, um eine internationale Führungsrolle zu übernehmen. Derweil hat Trump das Ansehen Washingtons in Ostasien mit seiner Inkompetenz und seinem Desinteresse, seiner Sprunghaftigkeit, seinem Handelskrieg gegen China und seinem konzeptlosen Nordkorea-Flirt weiter dezimiert. In der Corona-Krise haben die USA unter ihm noch nicht einmal versucht zu helfen. Geschweige denn zu führen.

Trump ist freilich eher ein Symptom. Aufhalten könnte auch ein anderer US-Präsident diese Erosion nicht. Zumal die USA schon früher viel von ihrer Glaubwürdigkeit als Schutzmacht und Hüter der Demokratie einbüßten. Vor allem in Südkorea, wo sie die Militärdiktatur stützten, die ihre Kritiker folterte und 1980 in Gwangju Studenten massakrierte – ganz ähnlich wie das chinesische Regime 1989 auf dem Tiananmen-Platz in Peking. Nur, dass Washington anders als nach Tiananmen nicht gegen das Massaker an der südkoreanischen Demokratiebewegung protestierte, sondern Seouls Armee dabei sogar unterstützte. Mit Präsident Moon Jae-in ist die Generation, die damals für die Demokratie kämpfte, inzwischen an der Macht. Bereits im Jahre 2002 hatte eine Welle des Anti-Amerikanismus mit dem Menschenrechtsanwalt Roh Moo-hyun einen Kritiker der USA ins Blaue Haus gespült, den Amtssitz des koreanischen Präsidenten. Moon war damals Rohs Stabschef. Dennoch verhält er sich Washington gegenüber bisher konsequent bündnistreu. Er verzichtet auf Amerika-Kritik und hält sich auch gegenüber Nordkorea an die Vorgaben aus Washington, obwohl man dort sein politisches Ziel eines Ausgleichs mit Pjöngjang sabotiert. Aber die Allianz zwischen Seoul und Washington ist fragil geworden.

In Tokyo klammern sich die regierenden Liberaldemokraten an Washington, weil, wie sie meinen, nur der „nukleare Schutzschild“ der Amerikaner Japan militärisch zu schützen vermöge. In Tokyos Regierungsviertel Nagatacho gilt es freilich auch als Binnsenweisheit, dass sich ein japanischer Premier, der sich gegen die USA stelle, nicht lange im Amt halten könne. Der bereits zitierte R. Taggart Murphy sagt, Washington habe Hatoyama Yukio, der 2009 für die Demokratische Partei Premier wurde, binnen weniger Monate „den Dolch in den Rücken gestoßen“, da er von einer „Ostasiatischen Gemeinschaft“ sprach und die Umarmung Japans durch Washington etwas lockern wollte. Das löste in den USA Alarm aus. Premier Abe Shinzo versucht deshalb den Spagat. Er umgarnt Trump, hat aber erkannt, dass wirtschaftlich Japans Zukunft in Asien liegt. Wenn sich die Kluft zwischen Washington und Peking weiter vertieft, kann das zur Zerreißprobe werden.

Als „Reich der Mitte“ war China bis ins 19. Jahrhundert die unbestrittene Führungsmacht Ostasiens. Seine Nachbarn sicherten sich den Frieden und ihre Handelsbeziehungen, indem sie regelmäßig Delegationen an den chinesischen Hof sandten, die dem

Thron Ehre erwiesen und ihre Tribute entrichteten. Fast eine Art Steuern. China hielt sich für die überlegene Zivilisation, zeitweise für die Zivilisation schlechthin. Die Tributstaaten waren freilich keine Vasallen, wie man zuweilen liest, sondern fast völlig unabhängig. Bis ins 16. Jahrhundert sandte auch Japan eine solche Delegation nach China, es akzeptierte das Reich der Mitte damit als Hegemon. (Shogun Ashikaga Yoshimitsu ließ sich 1404 von den Chinesen sogar den Titel „König von Japan“ verleihen). Doch dann versuchte Feldherr Hideyoshi mit seiner Invasion Koreas, China die Vormacht strittig zu machen. Das misslang gründlich. In der Folge schottete Japan sich zweieinhalb Jahrhunderte gegen die übrige Welt ab.

Nach der erzwungenen Öffnung, der Meiji-Restauration 1868 und der raschen Modernisierung und Industrialisierung Japans – die sinozentrische Weltordnung war inzwischen zusammengebrochen, Chinas Küstenstädte von europäischen Mächten kolonisiert – erneuerte Tokyo seinen Führungsanspruch, den es mit Kriegen gegen China und Russland durchsetzte. 1895 kolonisierte es Taiwan, 1905 Korea. Die Kolonialmächte akzeptierten Japan als Regionalmacht in Ostasien. Doch als einziges nichtwestliches Industrieland wollte Nippon mehr. Es beanspruchte, vom Westen als gleichberechtigte Großmacht anerkannt zu werden, insbesondere in China.

Auf dem asiatischen Festland begrüßten es viele Intellektuelle zunächst, dass Japan sich gegen die westlichen Kolonialmächte stellte. Unabhängigkeitskämpfer, Nationalisten und Revolutionäre aus China, Indien, Indonesien, Vietnam und Siam gingen zum Studium nach Japan. Oder ins politische Exil. Schon Ende des 19. Jahrhunderts breitete sich länderübergreifend ein „Panasianismus“ aus. Die Völker Asiens sollten sich auf ihre gemeinsamen Werte besinnen und sich vom „weißen Mann“ befreien, so die Idee. Allenfalls auch mit Waffen. Aus der losen Idee ist freilich nie eine koordinierte Bewegung mit konkreten Zielen oder einer Strategie geworden. Ahn Jung-geun, ein koreanischer Unabhängigkeitskämpfer, heute in Korea ein Nationalheld, träumte von einer „Ostasiatischen Friedensunion, einer gemeinsamen Entwicklungsbank und einer Währungsunion Japans, Koreas und Chinas“. Dann ermordete er im Herbst 1909 den japanischen Gouverneur von Korea, Ito Hirobumi. Tokyo sollte Asien befreien, nicht die westlichen Kolonialmächte mit einem eigenen Kolonialregime ersetzen.

Japan verschaffte sich seine Vormachtstellung in Ostasien im späten 19. Jahrhundert mit seiner rasanten Industrialisierung und Aufrüstung. Die Prinzipien, nach denen es sich modernisierte, wurden freilich schon 1827 in Satsuma im Südwesten von Kyushu skizziert. Nach Missernten, Hunger und vergeblichen Versuchen, die Wirtschaft seiner Domäne zu sanieren, betraute der Satsuma-Fürst seinen Teezeremonienmeister Zusho Hirosato mit der Aufgabe, den Staatshaushalt auszugleichen. Dazu holte Zusho Fachleute und Technologien aus andern japanischen Provinzen. Er substituierte die Importe aus dem übrigen Japan und reduzierte die Staatsausgaben; fortan durfte auch der Fürst selber keine äußerst teuren importierten Bücher mehr kaufen.

In der Meiji-Zeit adaptierte Tokyo Zushos Prinzipien aufs ganze Land. Unter dem Motto „ein reiches Land, eine starke Armee“ schwang es sich schließlich zum janusköpfigen Hegemon auf. Dabei gab es sich nach Asien asiatisch, als Führungsmacht, die den Kontinent vom Westen befreien würde, und nach Westen westlich, als Kolonialmacht mit Anspruch auf den asiatischen Kontinent. 1931 unterwarf es sich die Mandchurei, die heutigen Nordostprovinzen Chinas. Es machte sie zu seinem Marionettenstaat und zu einem Labor für Zushos Methoden. Zu deren wichtigsten Prinzipien gehörten die Import-Substituierung, die Exportförderung, eine massive Qualitätsverbesserung der exportierbaren Produkte, Kostenreduktionen, der Schutz des Binnenmarktes, ein ausgeglichenes Budget und falls nötig Umschuldung. Und Selbstsicherheit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg perfektionierte Japan diese Prinzipien weiter. Zum Wiederaufbau unterteilte es seine Wirtschaft in sogenannte „Sonnenaufgangs“- und „Sonnenuntergangsindustrien“. Zu den ersteren gehörten in den 1950-Jahren der Schiffbau, in den 1960ern die Autoindustrie und ab den 1970ern die Elektronik. Alles Zweige mit Exportpotential. Ihr Aufbau wurde von einer im Kern planwirtschaftlichen Industriepolitik gesteuert. Sonnenuntergangs-Industrien dagegen waren in den 1950ern zum Beispiel die Kohle, in den 1960ern die Textilbranche. Ihre Unternehmer wurden ermutigt, nicht profitable Betriebe zu schließen.

Südkorea, Taiwan und später auch China haben dieses Modell adaptiert. Und unter Tokyos Patenschaft seither auch Vietnam. Mit Zushos Prinzipien wurde Japan, obwohl seine Städte und Industrien 1945 fast vollständig zerstört waren, im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts reich – und zum Vorbild für Ostasien.

Musterschüler des Modells war Südkorea. Das erklärt sich leicht. In der Mandchurei diente ein junger koreanischer Lehrer als Leutnant der japanischen Armee: Park Chung-hee, der nach dem Krieg in Südkorea bis zum Generalmajor aufstieg. 1961 putschte Park sich an die Macht, die er bis zu seiner Ermordung 1979 behielt. Als Militärdiktator setzte er die Modernisierung der Wirtschaft mit Brachialgewalt durch, wie er das von den Japanern in der Mandchurei gelernt hatte. Er verbot Importe, selbst von Reis – die Koreaner sollten halt Gerste essen. Mit Hilfe ausgewählter Unternehmer baute er eine exportorientierte Planwirtschaft auf. Er erreichte, dass Südkorea schneller wuchs als jede andere Wirtschaft – auch jene des Vorbilds Japan.

Kein Land Ostasiens war während seiner Phase des rasanten Aufstiegs eine Demokratie im westlichen Sinne, auch keine freie Marktwirtschaft. Makroökonomisch organisierte sich Japan bis in die 1980er-Jahre als Planwirtschaft. Den Markt ließ es nur an der Basis spielen. Politisch haben die Japaner zwar immer gewählt, aber sie hatten wenig Auswahl. De facto hat die Liberaldemokratische Partei, seit sie 1955 mit CIA-Hilfe als Bollwerk gegen den Kommunismus geschaffen wurde, mit zwei Unterbrechungen meist als Monopartei regiert.

Nachkriegs-Japan hat seine armen Nachbarn gelehrt, sich binnen einer Generation in erfolgreiche Exportländer zu verwandeln. Südkorea und Taiwan sind reich geworden, China erklimmt die Leiter des Wohlstands. Japan dagegen stagniert – inzwischen seit bald drei Jahrzehnten. Seit dem Platzen seiner Börsen- und Immobilienblase 1990 kann es kein (wirtschaftliches) Vorbild mehr sein. Die japanische Regierung federt diese Stagnation zwar mit endlosen Konjunkturprogrammen ab – verlängert sie damit aber auch, weil das Geld vom Staat den Behörden und Unternehmen hilft, dringend nötige Strukturreformen hinauszuschieben. Derweil steigen die Staatsschulden ins Astronomische. Heute sagen viele Japaner, sie fürchteten die Zukunft. Aber die Politik scheut radikale, zukunftsgerichtete Schritte. Sie verfügt noch nicht einmal über ein Konzept, wie sie die japanische Gesellschaft und Wirtschaft beleben könnte.

Nachkriegs-Japan hat sich bis vor kurzem nie um eine internationale Führungsrolle bemüht. Seine Initiative zur Rettung der TPP ohne die USA war ein radikaler Bruch mit dieser Zurückhaltung, zuvor hatte Tokyo sich solche Impulse stets versagt: Einerseits, weil es für eine Führungsrolle in Asien seine militärische Anbindung als Juniorpartner an die USA zumindest lockern müsste (was Washington sicher zu verhindern versuchen würde), andererseits, weil es sich dazu seinen Aggressionen in der Geschichte ernsthaft zu stellen hätte. Das haben die Liberaldemokraten stets vermieden; der nationalistische Flügel, der diese früher heterogene Partei dominiert, erst recht.

Ohnehin diskutierte man in Japan nur zweimal Visionen von einer übernationalen politischen Gemeinschaft in Ostasien. Und beide Male waren das bloß hohle Formeln. Von der „Großasiatischen Wohlstandssphäre“, die Außenminister Matsuoka Yosuke im August 1940 selbst für seine Ministerkollegen überraschend in einer Rundfunkansprache postulierte, gab es so wenig konkrete Vorstellungen wie von der bereits erwähnten „Ostasiatischen Gemeinschaft“ Hatoyama Yukios: keine Entwürfe, keine Arbeitsgruppen, keine Studien.

Hatoyama Yukio ist ein Idealist. Der Enkel von Hatoyama Ichiro, Japans Premier von 1954 bis 1956, träumt von einer „Politik der Freundschaft“ und einer „Diplomatie der Brüderlichkeit“. Damit knüpft er ans Denken seines Großvaters an, der kurz nach dem Krieg die Werke des österreichischen Grafen Richard Coudenhove-Kalergi ins Japanische übersetzt hatte. Der Graf, der Sohn eines k.u.k.-Diplomaten mit einer Japanerin, gründete 1923 eine „paneuropäische Bewegung“ und schrieb, Europa müsse sich zu einem paneuropäischen Wirtschaftsraum vereinigen, um künftige Kriege in Europa zu verhindern. Hatoyamas Großvater fand, das gelte auch für Asien. Sein Enkel hat sich Coudenhove-Kalergi bereits als Teenager zum politischen Vorbild gemacht. Als Premier jedoch konnte – oder wollte – er seine Idee nicht konkretisieren. Er wich beispielsweise der Frage aus, ob China in seiner Vorstellung Teil dieser Gemeinschaft werden sollte. Er wusste, mit einem „Ja“ hätte er sich Washington erst recht zum Feind gemacht.

Die Idee der „Großasiatischen Wohlstandssphäre“ war kaum konkreter. Matsuoka sprach zwar von einem „großen weltgeschichtlichen Wendepunkt“, wußte aber selber nicht, wie dieser aussehen sollte. Sein Denken war vom bereits erwähnten deutschen Geographen Karl Haushofer geprägt, der vorausgesagt hatte, die Welt werde sich in Blöcke aufteilen. Matsuoka beanspruchte für Japan die Führung über den asiatisch-pazifischen Block. Sein Versprechen, Tokyo werde „die Völker des Orients¹ ... von der weißen Rasse befreien“, stieß in Japan und bei den Unabhängigkeitskämpfern in den europäischen Kolonien auf Zustimmung. Japans Faschisten deuteten seinen Vorschlag als Internationalisierung des japanischen Nationalismus. Premier Tojo Hideki sprach von einer „Ko-Existenz der Völker Groß-Ostasiens, in der jedes seinen richtigen Platz einnimmt“. Japan werde seinen „Familienstaat“ auf ganz Asien ausdehnen, um den Völkern Wohlstand zu bringen. Unter seiner strengen väterlichen Führung würden alle Länder und Territorien in „organischer Hierarchie ... harmonisch zusammenleben“. Obwohl Matsuoka schon im Sommer 1941 gestürzt wurde, blieb die „Großasiatische Wohlstandssphäre“ bis Kriegsende der Kernbegriff, mit dem Tokyo seine Außenpolitik zu erklären versuchte, wie Jeremy Yellen in seinem Buch *The Greater East Asia Co-Prosperty Sphere* zeigte. Dabei definierte Tokyo nie, wofür der Begriff wirklich stand: die Unterwerfung der Länder Asiens als japanische Kolonien, die Installierung von Marionettenregierungen oder – sicher nicht – eine Gemeinschaft gleichberechtigter Staaten. In der Praxis verkam die „Großasiatischen Wohlstandssphäre“ zur bloßen Rechtfertigung von Japans militärischem Griff nach der Macht über den asiatischen Kontinent.

Mit Japans Kapitulation im August 1945 platzten zwangsläufig auch alle Träume von einer politischen Rolle Tokyos im übrigen Asien. Ein Denkkonzept jedoch, das älter war als die „Großasiatische Wohlstandssphäre“, tauchte – von Tokyos Vormachtansprüchen gesäubert – schon in den 1960er-Jahren wieder auf: die Theorie der „fliegenden Wildgänse“ (*gankō keitairon*). Mit dieser Metapher hatte der Ökonom Akamatsu Kaname schon in den 1930er-Jahren eine koordinierte Modernisierung der Wirtschaften Ostasiens skizziert. Japan würde als erstes Land der Region, das sich wirtschaftlich modernisierte, die Entwicklung seiner Nachbarn mit Investitionen – letztlich oft Reparationszahlungen –, Darlehen und Transfer einfacher Produktionsprozesse in diese Staaten unterstützen. Damit half es Südkorea, Taiwan, teilweise auch Hongkong und Singapur, „flügge“ zu werden, um in der Metapher zu bleiben. Diese Länder (die spä-

1 Yellen zitiert mit „Orient“. Matsuoka benutzte „Orient“ mehr oder weniger als Synonym für „Asien“ – wie gemäss Wikipedia das britische Englisch bis heute; im amerikanischen Englisch gilt „Orient“ seit den 1970ern als pejorativ (auch für den Nahen Osten). Vorher wohl nicht. Matsuoka ging ab dem 11. Lebensjahr in Oregon zur Schule und lebte in einer presbyterianischen Familie, sein Englisch war makellos. In der stolz-störrischen Rede auf Englisch, mit der er Japans Auszug aus dem Völkerbund erklärte, nannte er sich selbst „an Oriental“. Auch in einer Rede vor der Diet im Januar 1941 benutzte er das Wort „Orient“, zumindest hat *Contemporary Japan* das damals so übersetzt.

ter auch „Tigerstaaten“ genannt wurden) stiegen als „zweite Reihe der Wildgänse“ auf. Zusammen mit Japan verhalfen sie ihrerseits einer nächsten Gänse-Reihe zum Start, darunter auch China. Inzwischen jedoch hat der Gänseschwarm, um die Metapher noch einmal zu strapazieren, die Reiseflughöhe erreicht. In Nordostasien gibt es nur noch einen Nachzügler, der bis heute am Boden blieb: Nordkorea.

Akamatus Metapher ist verbraucht, Ostasien braucht keine Leitgans mehr, sondern gleichberechtigte Beziehungen, insbesondere zwischen Japan, China und Südkorea. Doch Japan ist in seiner Geschichte bisher nie eine gleichberechtigte außenpolitische Beziehungen eingegangen, jedenfalls nicht mit einem Nachbarn – höchstens mit fernen Partnern wie Kanada oder Deutschland. China auch nicht. Zudem dürfte Peking heute weit weniger kompromissbereit, offen und willig sein, Japan als gleichwertig zu behandeln und internationale Normen zu akzeptieren, als es das noch vor zehn Jahren war. Tokyo und Peking haben Mitte der Nuller-Jahre die Gelegenheit verpasst, ihre Beziehungen auf ein neues Fundament stellen. Heute ist ein Ausgleich schwieriger: Unter Präsident Xi Jinping lässt China seine Muskeln spielen. Er hat die wirtschaftliche Öffnung gebremst und die Repression verschärft. Derweil regieren in Japan mit Premier Abe Shinzo die Nationalisten, die Japans Gräueltat im Zweiten Weltkrieg verharmlosen. Dass sich Japan und China derzeit dennoch um engere Beziehungen bemühen, belegt: Ostasien muss sich tatsächlich neu erfinden. Und bald.

Die RCEP, der gemeinsame Freihandel Japans, Chinas, Südkoreas mit den zehn ASEAN-Staaten, Australien und Neuseeland, kann, falls er zustande kommt, zum Schritt der Emanzipation von der „Pax Americana“ werden und ein mögliches Gerüst für die Neuordnung Ostasiens. Der Optimismus wird allerdings gedämpft, wenn japanische Diplomaten im Privatgespräch abwinken, diese Annäherung an China sei bloß vorübergehend. Ostasien wird sich nur erneuern können, wenn sich auch die beteiligten Länder in ihrem Innern wandeln. Nicht nur China, auch Japan.

Japan, Südkorea und Taiwan sind in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhundert rasch reich geworden, China hat eine halbe Milliarde Menschen aus der Armut gehoben, 39 Prozent der Chinesen zählen heute zum Mittelstand. Vietnam folgt. Die Entwicklung ihrer Politik und der Gesellschaften dieser Länder dagegen stagniert, sie hinkt hinter der Wirtschaft her. Wie in China hält sich auch in Japan seit einem halben Jahrhundert stets das gleiche politische Lager an der Macht, das hier wie dort, bei allen offensichtlichen Unterschieden, primär ein Ziel verfolgt: die Erhaltung der eigenen Macht – in Japan wie in China auf Kosten der Entwicklung des Landes.

Im Westen glaubte man lange, eine Gesellschaft müsse bloß reich werden, dann demokratisiere sie sich von selbst. Der entstehende Mittelstand fordere Mitsprache. Südkorea und Taiwan sind diesen Weg gegangen. Dennoch findet diese Überzeugung heute nur noch wenige Anhänger, zumal die Demokratie sich mit dem Aufstieg der Populisten vielerorts diskreditiert hat. China schränkt im Widerspruch zur Theorie die indivi-

duellen Freiheiten mit dem wachsenden Wohlstand wieder ein. Man spricht von einer kapitalistischen Diktatur.

Der Verlust der Zuversicht, auch die chinesische Gesellschaft werde demokratischer, ist ahistorisch. Oder ein Zeichen von Ungeduld. Das glaubt zumindest Hahn Chai-bong, der Präsident des Asean-Instituts in Seoul. Er schrieb in *Foreign affairs*, China erlebe derzeit seinen „Park Chung-hee-Moment“. Ähnlich wie Park in Südkorea vor 50 Jahren hat Xi Jinping die politische und soziale Liberalisierung zurückgedreht. Park zog die Schrauben immer fester an und ließ sich 1972 zum lebenslangen Staatspräsidenten küren. Xi tat das vor zwei Jahren. Park behauptete, die Demokratie eigne sich für Südkorea nicht, er setzte auf einen diffusen Konfuzianismus. Das tut Peking heute. Als der Liberalisierungsdruck zu stark wurde, verhängte Park das Kriegsrecht, mit dem sich seine Nachfolger – Park war bereits tot, ermordet vom eigenen Geheimdienstchef – mit immer mehr Brutalität bis 1987 an der Macht hielten. Dann platzten die Fesseln, das südkoreanische Militärregime brach zusammen.

Sobald seine Wirtschaft lahme, werde sich China, so Hahn vor einem Jahr, zwischen der Diktatur, die das Wachstum bremse, und einem nächsten Liberalisierungsschub entscheiden müssen, der wirtschaftliche Erfolge bringe. Das Modell vom entstehenden Mittelstand, der mehr politische Partizipation fordert, gelte weiterhin. Allerdings sollte man den Begriff „Partizipation“ nicht auf allgemeine Wahlen reduzieren, wie die USA das oft tun. Individuelle Freiheiten, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit sind ebenso wichtig. Gewählt wird – zuweilen unter dem Druck der USA – in vielen, auch ziemlich undemokratischen Ländern.

Die junge Ökonomie-Professorin Jin Keyu von der „London School of Economics“ argumentiert in ihren Vorträgen wie Hahn. Schon vor einem Jahr sagte sie, Peking spüre den Druck zur Öffnung bereits. Auch deshalb ziehe es die Schrauben an. Trumps Handelskrieg verstärke diesen Druck noch, er habe das Regime zu wirtschaftlichen Liberalisierungsschritten gezwungen, die eigentlich nicht vorgesehen waren. Jin hält das für ein unbeabsichtigtes Geschenk Trumps an China. Inzwischen hat die Corona-Krise Chinas Wirtschaft dramatisch gebremst, der Druck dürfte noch zugenommen haben.

Geschichte wiederholt sich nicht, das weiß auch Hahn. Gleichwohl titelte er seinen Essay „Chinas Zukunft ist Südkoreas Gegenwart“. In Seoul zog sich der Park-Chung-hee-Moment über mehrere Jahrzehnte hin. Noch 1987 hätte sich niemand vorstellen können, dass Südkorea dereinst zusammen mit Taiwan zu einer Vorzeigedemokratie in Asien würde.

Ostasien muss sich neu erfinden. Dabei hat es in der Geschichte dieser Region bisher nie eine Periode gegeben, in der sich China und Japan als gleichberechtigt respektiert hätten. Aber ein stabiler Frieden ohne die Bevormundung durch Washington wird nur möglich sein, wenn Japan, China und Korea sich als selbstbewusste Staaten respektvoll aneinander binden. Wie die früheren Erzfeinde Frankreich und Deutschland. Viele

„große historische Ideen begannen als utopische Träume und wurden dann Realität“, zitierte Hatoyama Yukio sein Idol Coudenhove-Kalergi einmal.

Christoph Neidhart war bis zu seiner Pensionierung im Herbst 2019 zwölf Jahre Tokyo-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung. Er lebt seit 2002 in Japan. Zuvor berichtete er aus Moskau, Osteuropa und Skandinavien und war vier Jahre lang „visiting scholar“ an der Harvard University. Neidhart hat mehrere Bücher geschrieben, unter anderem Die Kinder des Konfuzius, Was Ostasien so erfolgreich macht (Herder, 2007).

Buchvorstellung I



Ruth Nathanson:

Zwischenstation – Überleben in Shanghai 1939-1947,
 Bühl: seitenweise Verlag, 2016. 96 Seiten, mit etwa 20
 Abbildungen. ISBN-13: 978-3943874174.

Unter der Überschrift „Kinderleichen sah der Junge jeden Tag“ erschien am 8. Oktober 2018 in der *FAZ* ein eindrucksvoller Bericht über ein Schüler-Interview mit dem 1938 in Berlin geborenen Michael Nathanson, der den ersten Teil seiner Kindheit, nämlich die Jahre 1939-47, zusammen mit seiner „arischen“ Mutter, seinem jüdischen Vater und seinem halb-jüdischen Bruder Peter im Exil verbracht hatte. Wie etwa 18.000 andere mitteleuropäische (weit überwiegend jüdische) Emigranten war die Familie nach Shanghai geflüchtet, weil für die Stadt kein Einreisevisum nötig war. Basis des Interviews waren Nathansons Kindheitserfahrungen in China, sicherlich ergänzt und erweitert durch das zwei Jahre zuvor erschienene Buch *Zwischenstation* seiner Mutter.

Einige kleinere Fehler des *FAZ*-Beitrages seien hier korrigiert. Der ursprüngliche Untertitel (der nach der Aktualisierung vom 5.11.2018 verschwunden ist) „1939 flohen die Nathansons nach Schanghai und litten auch dort in einem Getto an Hunger und Krankheiten“ suggerierte, die Familie habe durchgehend im Ghetto gelebt, was nicht stimmte. Ähnlich irreführend ist auch folgender Satz: „Auf Drängen der verbündeten Nazis hin wurden die Nathansons in einem 1943 errichteten Getto untergebracht.“ Diese Formulierung erweckt den Eindruck, die lokalen NS-Vertreter hätten die japanische Besatzungsmacht gedrängt, speziell die Familie Nathanson zu internieren. Faktisch jedoch wurden alle nach dem 1.1.1937 in Shanghai eingewanderten staatenlosen Flüchtlinge im Frühjahr 1943 gezwungen, in die sog. „designated area“ im Stadtteil Hong-